



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 39. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 03.09.2013,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:02

Ende: 21:14



**Anwesenheitsliste**

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn ab TOP 4 ö.S.

Rudolf Boesche

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold ab TOP 2 ö.S.

Dr. Maximilian Ingenthron

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Sandro Zandonella bis TOP 1 n.ö.S.



Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

bis TOP 1 n.ö.S.

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Ralf Bernhard

(Stadtbauamt)

Karin Bommersheim

(Landesgartenschau Landau 2015 GmbH)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Sabine Klein

(Umweltamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Ralf Müller

(Amt für Schulen, Kultur und Sport)

Hans Schlösser

(Rechnungsprüfungsamt)

Matthias Schmauder

(Landesgartenschau Landau 2015 GmbH)

Dr. Thomas Waßmuth

(Energie Südwest AG)

Josef Daldrup

(Vorstandsvorsitzender Daldrup & Söhne AG)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Michael Niedermeier

(Leiter Pressestelle)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

SPD

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

CDU

Theo Kautzmann

Wilhelm Prokop

FDP

Otto Pfaffmann

Fraktionslos

Franco Casella



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Ratsmitglied Marquardt beantragte, den Tagesordnungspunkt 1 der nichtöffentlichen Sitzung in den öffentlichen Teil zu nehmen. Es handle sich hier um einen Prüfantrag, für den er keinen Geheimhaltungsgrund sehe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es der Wunsch des Antragstellers sei, den Antrag zunächst nichtöffentlich zu behandeln.

Ratsmitglied Marquardt zog den Antrag darauf hin zurück.

Ratsmitglied Schröer stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung abzusetzen und zunächst im Bauausschuss vor zu beraten.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass dann eine Umsetzung im Haushaltsjahr 2013 nicht mehr möglich wäre. Er bitte es deshalb auf der Tagesordnung zu belassen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g**

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth und Vorstellung von Herrn Josef Daldrup, Vorstandsvorsitzender Daldrup & Söhne AG
3. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH  
Vorlage: 100/105/2013
4. Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau – Anstalt des öffentlichen Rechts (EWL)  
Vorlage: 300/067/2013
5. Gestaltung Wegesanierung im Südostteil des Ostparks  
Vorlage: 350/029/2013
6. Erweiterung des Fernwärme-Gestattungsvertrages  
Vorlage: 660/067/2013
7. Kampfmittelräumung  
Vorlage: 860/201/2013
8. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Herr Dumröse sprach das Interview von Herrn Daldrup zur Geothermie an. Dies habe ihn sehr verdrossen, zumal es die Widerstände gegen die Geothermie eher verstärkt habe. Experten und Geologen würden die Geothermie durchaus für sinnvoll und durchführbar halten. Im Übrigen halte er die Einwohnerfragestunde in ihrer jetzigen Form für absolut überholt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### **Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth und Vorstellung von Herrn Josef Daldrup, Vorstandsvorsitzender Daldrup & Söhne AG**

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Dr. Waßmuth, Vorstand der Energie Südwest AG und Herrn Daldrup, Vorstandsvorsitzender der Daldrup + Söhne AG.

Herr Dr. Waßmuth berichtete, dass man im Jahr 2012 ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt habe. Der Jahresüberschuss habe bei 6,35 Millionen Euro gelegen. Dies sei dem Sondereffekt geschuldet, dass man im letzten Jahr die Anteile an der ENOVOS SE verkauft habe. Das Kerngeschäft, die Belieferung der Kunden mit Strom, Gas und Wasser, bleibe weiterhin bestehen. Ein wichtiges Standbein seien immer mehr auch die Beteiligungen an erneuerbaren Energien. Hier seien in den letzten Jahren zusammen mit Partnern viele Projekte realisiert worden. In der Summe könnte man derzeit 17.000 Kunden mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgen.

Der Energiebedarf in der Südpfalz werde im Jahr 2020 bei ungefähr 700 Millionen kwh liegen. Um dies zu erreichen brauche man eine jährliche Steigerung der Produktion aus Photovoltaikanlagen um 5 % und etwa 60 Windräder, an welchem Standort auch immer. Um diesem Ziel näher zu kommen, prüfe man derzeit den Windpark in Offenbach, bei dem es um 6 Windräder gehe. Geplant sei, mit der Errichtung der Windräder im Februar 2014 zu beginnen. Weiter prüfe man die Möglichkeit zur Errichtung von Windrädern im Pfälzer Wald.

Auch die Bürger hätten die Möglichkeit, durch Photovoltaikanlagen auf den Dächern zur Energieerzeugung beizutragen. Es gebe hier Konzepte für die Bürger. Den Bereich der Nahwärmeversorgung wolle man ebenfalls weiter ausbauen.

Der Wettbewerbsdruck auf die Energieversorger nehme ständig zu. Hier gelte es das Kostenproblem in den Griff zu bekommen. Hier sei man dabei zusammen mit Partnern die Energie Südpfalz Shared Service Gesellschaft zu gründen. Der Start des operativen Geschäfts werde im Frühjahr 2014 sein. Der Wasserabsatz entwickle sich analog der Einwohnerzahlen nach oben. Hierfür seien erhebliche Investitionen getätigt worden.

Beim Thema Geothermie habe die geoX die Entscheidung getroffen, sich nicht an der dritten Bohrung zu beteiligen. Er sei froh, ein Unternehmen gefunden zu haben, dass die passende Expertise hierfür habe. Unter diesem Aspekt habe man 40 % der Anteile an die Firma Geysir Europe GmbH veräußert, für die restlichen 10 % gebe es eine Option.

Herr Daldrup stellte sich und sein Unternehmen vor. Die Firma Daldrup sei ein klassischer Mittelstandsbetrieb, der 1946 gegründet worden sei. Man beschäftige zur Zeit rund 220 Mitarbeiter. Seine Firma komme ursprünglich aus dem Bergbau und habe entsprechende Erfahrung im Bohrgeschäft. Man habe sich das Geothermiewerk lange angesehen und sei zu der Überzeugung gekommen, dass man als mittelständische Firma eine andere Sicht auf das Thema Geothermie habe als Stadtwerke mit ihren engen Grenzen. Er kenne die Probleme und wisse, dass es ein steiniger Weg werde. Dennoch sei man überzeugt, dies langfristig zu einem vernünftigen Erfolg führen zu können. Sein Unternehmen habe in den letzten Jahren 35 Geothermiebohrungen in der Schweiz, Österreich, Deutschland und den Niederlanden erstellt. Der wichtigste Markt sei derzeit die Niederlande. Bis auf eine Bohrung seien auch alle fündig geworden. Als erstes eigenes Kraftwerk werde man eine Anlage in Taufkirchen errichten. Das Geothermiewerk hier in Landau passe gut in das Portfolio seines Unternehmens.

Zu dem kritisierten Interview könne er nur sagen, dass ein halbstündiges Gespräch im Auto auf 5 Sätze heruntergebrochen worden sei. Er habe sich unfair behandelt gefühlt, gerade durch Angriffe die weit unter die Gürtellinie gingen.

Bürgermeister Hirsch erinnerte daran, dass die Konstruktion der Energie Südwest lange diskutiert worden sei. Der Bericht von Herrn Dr. Waßmuth zeige einmal mehr, dass es eine gute Konstruktion sei. Man habe die große Aufgabe, ständig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Er wolle als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ausdrücklich dem Vorstand der Energie Südwest und den



Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit danken. Es gebe ein immer komplexeres Anforderungsprofil an die Werke.

Beim Geothermiekraftwerk habe man schmerzlich erfahren müssen, dass es nicht so funktioniere, wie man sich das vorgestellt habe. Es sei immer der Anspruch gewesen, das Kraftwerk sicher und wirtschaftlich zu betreiben. Daher habe man sich dem Thema dritte Bohrung stellen müssen. Die landespolitische Ausrichtung sei klar pro Geothermie. Selbst könne man als Energie Südwest und als Stadt nicht übernehmen, daher habe man nach einem neuen Partner gesucht. Die Firma Daldrup + Söhne AG bringe die nötige Expertise mit und sei auch in der Lage für Transparenz zu sorgen und auf die Bürgerinitiativen zuzugehen. Im Moment werde die dritte Bohrung angestrebt, möglichst noch in diesem Jahr. Er sei nach wie vor zuversichtlich, den richtigen Partner gefunden zu haben.

Herr Daldrup ergänzte zu seinen Ausführungen, dass das halbstündige Interview verkürzt worden sei auf vier Sätze. Man habe miteinander vereinbart, dass man sich an der Mediation beteiligen werde, das sei vollkommen klar. Man habe sowohl von den Banken als auch von den Förderbehörden Signale, dass die Zeitpläne und die Zusagen eingehalten werden. Beim Lärmschutz werde man kurzfristig zunächst etwas Provisorisches erstellen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sah die Energie Südwest gut aufgestellt und hoch innovativ. Bei der Energieversorgung habe Herr Dr. Waßmuth den richtigen Mix dargestellt. Sicher werde man noch einige Diskussionen zu führen haben, grundsätzlich befinde man sich aber auf einem guten Weg. Die Entscheidungen zur Geothermieanlage habe die SPD mitgetragen. Es scheine jetzt auch die richtige Entscheidung für die Firma Daldrup getroffen worden zu sein. Er hoffe, dass mit der dritten Bohrung eine Versöhnung der unterschiedlichen Standpunkte gelingen kann.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass die Energie Südwest bei Herrn Dr. Waßmuth in guten Händen sei und solide geführt werde. Dies sei angesichts des schwierigen Umfelds nicht selbstverständlich. Vom Erfolg der Energie Südwest würden viele städtische Einrichtungen abhängen. Die Zukunftsausrichtung des Unternehmens sei regenerativ, kreativ und innovativ.

Es sei wohl richtig, dass die Geothermie technisch gesehen keine Erdbeben auslöse. Dennoch sei es unbestritten, dass sich die Erde, subjektiv gesehen, bewege.

Herr Daldrup bestätigte, dass es eine gewisse Seismizität gebe. Dies sei ganz normal, denn wo gehobelt werde fallen Späne.

Ratsmitglied Schröer war erfreut über die weitere Perspektive für das Geothermiekraftwerk. Die Aktivitäten der Energie Südwest würden die allgemeine Ansicht widerlegen, dass erneuerbare Energien zu teuer seien. Wie komme es, dass die Energie Südwest dies so positiv sehe, welche Kalkulationen gebe es? Von Herrn Daldrup würde sie gerne Details zu der geplanten dritten Bohrung erfahren.

Herr Daldrup entgegnete, dass es ein großer Vorteil sei, dass es schon zwei Bohrungen gebe. Damit könne man sehr weit das geologische Modell festmachen. Dies bringe Vorteile für die dritte Bohrung.

Herr Dr. Waßmuth ergänzte, dass eine dritte Bohrung einige neue Optionen bringe. Zu den erneuerbaren Energien müsse man dies etwas differenziert sehen. Der Strompreis für Strom aus Photovoltaikanlagen werde langfristig günstiger werden. Denn die Anlagen seien auf 20 Jahre angelegt, würden aber auch danach noch vernünftig Strom liefern. Zudem sei die Eigennutzung des Stromes durch Private und auch gewerbliche Betriebe durchaus interessant. Bei Photovoltaik-Freilandanlagen sehe er hingegen eher schwarz. Bei der Windkraft sei er optimistischer, denn die Technologie der Windräder werde stetig besser. In diesem Markt brauche man aber noch mehr Wettbewerb.

Ratsmitglied Volkhardt erinnerte an den Beschluss des Aufsichtsrates, keine weiteren Mittel für die dritte Bohrung zur Verfügung zu stellen. Das finanzielle Risiko sei für die Energie Südwest zu groß gewesen. Denn am Ende der Kette stehe immer die Stadtholding, die auf die Ausschüttung der Energie



Südwest angewiesen sei. Er freue sich über den positiven Bericht von Herrn Dr. Waßmuth. Mit der Firma Daldrup + Söhne habe ein Unternehmen gewonnen werden können, dass über jahrelange Erfahrung bei der Geothermie verfüge.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die Energie Südwest ihre Kerngeschäfte kenne. Dadurch stehe das Unternehmen mit beiden Beinen auf dem Boden. Dabei vergesse die Energie Südwest auch nicht, manchmal die Reißleine zu ziehen. Dazu gehöre auch Mut. Man müsse dabei immer bedenken, dass dies nicht die Gelder der Energie Südwest, sondern die Gelder der Kunden seien. Er hoffe, dass man mit der Firma Daldrup + Söhne den richtigen Partner für den Betrieb des Geothermiewerkes gefunden haben. Dazu gehöre, dass Vertrauen geschaffen werde und man brauche Offenheit und Transparenz. Es sei hier ein sehr sensibles Umfeld.

Ratsmitglied Marquardt war überrascht, dass der Anteilsverkauf bereits erfolgt sei. Überrascht sei er auch, dass nun Herr Bürgermeister Hirsch erstmals seismische Ereignisse durch das Geothermiewerk eingeräumt habe. Nach seiner Erinnerung habe die dritte Bohrung immer den Grund gehabt, mit niedrigerem Druck fahren und Erdstöße verringern zu können. Er befürchte, dass nach Aufbrauchen der Fördermittel die Anlage dennoch still gelegt werde. Darin würde er aber kein Problem sehen, denn manchmal sei eine Insolvenz die günstigere Lösung. Er sehe bundesweit keine einzige Anlage, die wirtschaftlich und sicher funktioniere. Von daher wäre es ihm lieber gewesen, die Firma ginge insolvent. Erfreulich sei, dass das Land wohl endlich aufwache und Geld für eigene Messungen in die Hand nehme. Ihn interessiere, ob die Anlage überhaupt schon Strom geliefert habe.

Herr Dr. Waßmuth unterstrich, dass die Anlage bereits seit Dezember 2011 ohne Probleme Strom liefere. Die Anlage laufe seit Dezember 2011 durch und es habe seitdem auch keine seismischen Ereignisse mehr gegeben. Die Anlage liefere mittlerweile auch Wärme, nachdem man am Anfang Probleme mit der Wärmeauskopplung gehabt habe. Ziel sei es, die Wärmeproduktion noch weiter auszubauen um das entstehende Neubaugebiet komplett versorgen zu können. Bezüglich der Schäden an den Gebäuden gebe es durch die Initiative der Stadt das Modell des Ombudsmannes.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass mit zunehmender Bebauung und Vermarktung im Wohnpark Am Ebenberg auch ein wirksamer Schallschutz kommen müsse. Dies sei auch gesetzlich so geregelt. Bei einem Insolvenzverfahren wäre man außen vor gewesen. So aber habe man das Verfahren noch steuernd in der Hand gehabt.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass aus ihrer Sicht die Insolvenz kein gangbarer Weg gewesen wäre. Insolvenz bedeute auch Schuldenbereinigung, was letztlich den Verlust von Steuergeld bedeutet hätte.

Ratsmitglied Freiermuth war genervt von der ewigen Nein-Sagerei der UBFL. Es müsse ja auch mal eine Perspektive geben. Man könne nicht von vorneherein alle Türen zuschlagen. Keine Energieform sei ohne Probleme. Die Geothermie, wenn sie sich umsetzen lasse, habe den großen Vorteil, dass sie im Grundlastbereich gefahren werden könne. Im Bericht von Herrn Dr. Waßmuth habe er den Sektor Speicher vermisst.

Herr Dr. Waßmuth entgegnete, dass Aktivitäten in diesem Bereich erst Sinn machen, wenn man objektiv genug zum Speichern habe. Ob ein Pumpspeicherkraftwerk für die Energie Südwest derzeit interessant wäre, wisse er nicht. Es mache Sinn, wenn diese Technologie Marktreife habe. Dann werde man dort auch einsteigen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass der Stadtrat beim Verkauf der Anteile der Energie Südwest an der geoX hätte beteiligt werden müssen. Dies werde man auch juristisch prüfen lassen. Jetzt werde man vor Fakten gestellt, Transparenz und Offenheit würden anders aussehen. Wenn Herr Daldrup seinen Aussagen im Interview nicht so gemeint habe, stelle sich die Frage warum er keine Gegendarstellung in der Presse gemacht habe. Sie glaube, dass die Glaubwürdigkeit von Herrn



Daldrup angekratzt sei. Es sei außerdem fraglich, was die Energie Südwest mit den verbleibenden 10 % an der geoX bewirken wolle.

Ratsmitglied Marquardt widersprach der Darstellung von Herrn Freiermuth. Er habe nichts gegen die Geothermie. Es gehe darum, dass erst mal irgendwo im Bundesgebiet eine Anlage wirtschaftlich und sicher funktionieren müsse. Dann könne man auf dieser Technologie aufbauen.

Herr Daldrup erwiderte, dass allein in Deutschland 5 Projekte wirtschaftlich laufen würden.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass man im Prinzip auch komplett aus dem Projekt aussteigen könnte. Ziel sei es mit den verbleibenden 10 % die Nähe zum Geothermiewerk zu halten. Die Kernintension an dem Projekt liege aber darin, die Wärme nutzbar zu machen.

Ratsmitglied Hott fragte nach dem zeitlichen Ablauf der dritten Bohrung und ob diese mit eigenen Mitteln durchgeführt werde. In Sachen Lärm müsse er Herrn Dr. Waßmuth widersprechen. Wenn man in der Nähe des Kraftwerkes sei oder künftig dort lebe, höre man es schon sehr deutlich. Deshalb appelliere er nachdrücklich für einen wirksamen Schallschutz zu sorgen.

Herr Daldrup erwiderte, dass Geothermie immer stadtnah sei. Die Anlage, die zum Einsatz komme, werde elektrisch betrieben. Damit erreiche man die 50 Dezibel auch nachts nicht. In Sachen Lärmschutz sei man aber dennoch bemüht, eine schnelle Lösung zu finden. Notfalls werde man es zunächst provisorisch machen.

Der Vorsitzende ergänzte, dass grundsätzlich die gesetzlichen Bestimmungen gelten würden. Darauf lege man Wert. Zu der Frage von Frau Dr. Migl stellte er klar, dass die Entscheidung zum Verkauf der Anteile alleine Sache des Aufsichtsrates sei.

Ratsmitglied Marquardt vertrat die Auffassung, dass allein schon beim Immissionsschutz die gesetzlichen Vorgaben an dieser Stelle nicht einhaltbar seien.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, ob im Falle weiterer Bombenfunde auch das Geothermiekraftwerk betroffen sei.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass es dort eine Untersuchung gegeben habe und die Grundstücke freigemessen seien.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

**Änderung des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Landau 2014  
gemeinnützige GmbH**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 14. August 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt erinnerte daran, dass das Land und der Rechnungshof die Abgabe von Verpflichtungserklärungen von den an der Landesgartenschau verantwortlich beteiligten Personen verlangt habe. Bisher sei in dieser Hinsicht nichts geschehen. Hier werde gegen Anweisungen des Landes verstoßen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass diese Frage nichts mit dieser Vorlage zu tun habe.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der 2. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH.**
- 2. Sollten im Rahmen der Anzeige bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Anpassungserfordernisse des Gesellschaftsvertrages auftreten, wird die Verwaltung ermächtigt, die notwendigen Änderungen vorzunehmen.**



#### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### **Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau – Anstalt des öffentlichen Rechts (EWL)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 8. August 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Volkhardt teilte mit, dass sich die FWG-Stadtratsfraktion mit dieser Vorlage schwer tue. Es dränge sich der Eindruck auf, dass der EWL ein eigenes Ingenieurbüro errichten wolle in Konkurrenz zu den Büros auf dem freien Markt. Dies sei aber nicht Aufgabe des EWL, dafür gebe es auf dem freien Markt genügend Büros. Ein weiterer Betriebszweig bedeute auch weiteres Personal. Außerdem gehe der Trend verstärkt zum Outsourcing. Deshalb werde sich die FWG-Stadtratsfraktion der Stimme enthalten.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass mit dieser Satzungsänderung Stellen auf Dauer erhalten werden sollen. Stellen die eigentlich nur für die Landesgartenschau in der Projektteilung geschaffen worden seien. Jetzt versuche man verkrampft hieraus eine Dauereinrichtung zu machen. Dies sei aber nicht Sinn der Sache. Das ganze sei auch nicht ausreichend diskutiert.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass die Intension dieser Vorlage in der Sitzung des Verwaltungsrates ausführlich erläutert worden sei. Der für die Landesgartenschau geschaffene Betriebszweig übernehme jetzt beispielsweise auch die Aufgabe der Kampfmittelräumung. Dies sei auch eine zusätzliche Aufgabe.

Herr Eck erklärte, dass man kein Ingenieurbüro sei und auch nie ein Ingenieurbüro im klassischen Sinne sein werde. Man sei vielmehr der größte Auftraggeber für Ingenieurbüros im Tiefbaubereich. Die Stärke des EWL liege in der Projektsteuerung. Er sei der Auffassung, dass sich der EWL interkommunaler Zusammenarbeit stellen müsse. Das was man heute zum Beschluss vorlege sei keine Personalentscheidung. Hier gehe es um den monetären Rahmen. Die personelle Ausstattung des Betriebszweiges könne fallweise erfolgen. Derzeit habe man außerhalb Landaus keine akuten Projekte, da man ausgelastet sei. Man führe aber Gespräche mit potentiellen Mitgesellchaftern.

Ratsmitglied Dr. Migl erwiderte, dass sie es dennoch sehr kritisch sehe. Die Personalkosten würden steigen, denn ein Betriebszweig ohne Personal mache keinen Sinn.

Bürgermeister Hirsch erläuterte, dass es gerade nicht um Personal gehe, sondern um den rechtlichen Rahmen dafür.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

**den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten Entwurf zur Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Gestaltung Wegesanierung im Südostteil des Ostparks

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 22. August 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Frau Klein, Leiterin der Grünflächenabteilung, erläuterte die Vorlage. Anhand einer Präsentation erklärte sie die Schäden und die vorgesehenen Maßnahmen. Diese seien durch die flankierenden Maßnahmen zur Landesgartenschau möglich. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen müssten zwei Bäume weggenommen werden. Die Planungs- und Baukosten liegen bei 119.000 Euro, davon reine Baukosten von 98.000 Euro. Bedingt durch die Förderung bleibe noch ein städtischer Anteil von 20 %, also knapp 24.000 Euro.

Der Vorsitzende erklärte, dass es mit einem Anteil von 24.000 Euro möglich sei, eine wesentliche Verbesserung für eine der attraktivsten Bereiche der Stadt zu schaffen.

Beigeordneter Klemm ergänzte, dass mit der Maßnahme nicht nur aufgehübscht werde, sondern der Weg auch stark sanierungsbedürftig sei

Ratsmitglied Silbernagel wollte wissen, ob die 80% Zuschuss der Stadt schriftlich zugesagt seien.

Herr Messemer erläuterte, dass dies Bestandteil des Zusagebescheides für 2013 sei.

Ratsmitglied Scheid bat um Mitteilung, wie viele Mittel bereits für flankierende Maßnahmen verausgabt wurden.

Frau Klein teilte mit, dass insgesamt ein Budget von 500.000 Euro für verschiedene flankierende Maßnahmen zur Verfügung stünde. Alle Maßnahmen seien bereits festgelegt, die hier zu beschließende sei ein Teil davon. Insgesamt habe man bisher etwa ein Drittel umgesetzt.

Ratsmitglied Schwarzmüller tat sich schwer damit, dass zwei Bäume gefällt werden sollen. Die Bäume seien sehr schön. Sie wollte wissen, ob es nicht doch Möglichkeiten zum Erhalt der Bäume gebe.

Frau Klein erläuterte ausführlich, warum die Bäume gefällt werden müssen.

Ratsmitglied Schröer war der Auffassung, dass der Ostpark ein sehr schöner Park sei und erhaltenswerte Bäume habe. Dies habe ein Botaniker, mit dem sie einen Rundgang gemacht habe, bestätigt. Den Bäumen würden lediglich Pflegeschnitte fehlen, damit könnten sie entlastet werden. Sie stimme der Sitzungsvorlage nicht zu, da sie sich kein Bild machen konnte. Sie möge es nicht, wenn Bäume abgeholzt werden. Dies hätten Bäume nicht verdient.

Frau Klein erwiderte, dass dies aus mehreren Gründen Problembäume seien. Wenn man den Baum erhalten wolle, müsse man ihn mindestens um ein Drittel entlasten. Die Maßnahme würde aber zudem ins Wurzelwerk eingreifen. Der Erhalt der Bäume hätte deutliche Mehrkosten zur Folge.

Beigeordneter Klemm appellierte, auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu berücksichtigen. Es stelle sich die Frage ob ein einziger Baum es wert sei, die gesamte Maßnahme scheitern zu lassen.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte zur Geschäftsordnung, die Vorlage zur Beratung in den Bauausschuss am 10. September 2013 zu vertagen.

*Eine Gegenrede zum Antrag auf Geschäftsordnung gab es nicht.*



*Der Stadtrat lehnte den Antrag zur Geschäftsordnung mit 9 Ja,- 29 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.*

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja,- 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

**dem Gestaltungsvorschlag zuzustimmen und beauftragt die Grünflächenabteilung mit der Umsetzung der Baumaßnahme.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Erweiterung des Fernwärme-Gestattungsvertrages**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. Juli 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, ob es für die Anwohner eine Anschlusspflicht an die Fernwärme gebe.

Herr Joritz verneinte dies, denn ein Anschluss- und Benutzungszwang gehe nur über eine Regelung in einer Satzung.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**Der Erweiterung des Fernwärme-Gestattungsvertrages mit zugehöriger  
Ergänzungsvereinbarung auf den im Lageplan dargestellten Bereich wird zugestimmt**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### Kampfmittelräumung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 20. August 2013, auf die hingewiesen wird. Nach Kauf des Areals sei das Gebiet auf Altlasten und Kampfmittel untersucht worden. Bei den Kampfmitteln seien alle Verdachtspunkte negativ gewesen. Alle Verdachtsmomente seien für frei gemessen erklärt worden. Mit dieser Botschaft sei man auch ins Kolloquium zur Vergabe der Landesgartenschau gegangen. Diese Aussage sei aus heutiger Sicht ein Fehler gewesen, sei aber damals Stand der Technik gewesen. Die Empfehlung für die Gartenschau in Landau hätte es auch gegeben, wenn man das Gelände nicht für freigemessen erklärt hätte. Nach dem Fund der fünften Bombe werde das Sicherheitsrisiko nun anders eingeschätzt. Man sei im Gespräch gewesen mit dem Kampfmittelräumdienst des Landes, sei beraten worden durch das Büro Hennecke und habe ein Konzept zur Kampfmittelräumung entwickelt. Er danke ausdrücklich allen, die in der Verwaltung daran beteiligt gewesen seien. Grundlage des Konzeptes sei die Aussage des Kampfmittelräumdienstes, dass von im Boden liegenden Bomben mit mechanischen Zündern keine Gefahr ausgeht. In der Konsequenz habe die Stadt eine Risikoabwägung vorzunehmen für die öffentliche Sicherheit.

Bereits am 8. August habe man bei einer Besprechung mit verschiedenen Ministerien einen Erstentwurf des Konzeptes übergeben. Landau sei insgesamt von etwa 3000 bis 3500 Bomben getroffen worden. Dabei müsse man von 10 % Blindgängern ausgehen, so dass noch ca. 300 bis 350 Blindgänger auf dem Gebiet der Stadt Landau an den unterschiedlichsten Stellen liegen. Das Konzept sei wegen der Landesgartenschau natürlich mit dem Land abzustimmen. Er mache deutlich, dass die Stadt ihre Aufgaben mit Beratung durch den Kampfmittelräumdienst und der strategischen Einschätzung des Büros Hennecke gemacht habe. Das Land weise darauf hin, dass der Kampfmittelräumdienst nur beratend, nicht strategisch wirken könne. Es sei nie darum gegangen, Verantwortung zuzuschieben. Klar sei, dass Sondierung nicht absolute Sicherheit bedeute. Selbst mit einer Punktsondierung könne man am Ende falsch liegen und eine Sicherheit suggerieren, die es nicht gebe.

Heute nun habe er in einem Telefonat mit Staatssekretär Häfner erfahren, dass das Land sich nicht in der Lage sehe, dem Konzept zuzustimmen. Das Land sei der Auffassung, dass der Kampfmittelräumdienst dies nicht strategisch beurteilen könne und empfehle die Einrichtung einer Expertenkommission. Er habe dieses Konzept aus voller Überzeugung vorgetragen und sei davon ausgegangen, dass dem der Stadtrat heute nach entsprechender Erklärung des Landes auch zustimmen könne. Er müsse nun die Entscheidung des Landes zur Kenntnis nehmen. Aufgrund der neuen Situation werde er morgen die Ministerpräsidentin um ein Gespräch bitten. Er biete ausdrücklich an, dass man gemeinsam als Stadtvorstand und Fraktionsvorsitzende nach Mainz fahre, um den Ernst der Lage deutlich zu machen und nach Lösungen zu suchen. Er bitte darum, die Flinte nicht ins Korn zu werfen, sondern weiterzukämpfen für die Landesgartenschau. Die Bürgerschaft stehe hinter dem Projekt, deshalb müsse man dafür kämpfen. Man habe keine Zeit zu verlieren, da man am 1. Oktober den Beschluss des Nachtragshaushaltes brauche um Aufträge vergeben zu können. Die Zeit bis zum 1. Oktober hätte man gebraucht, um die Ausschreibung verantwortlich vorbereiten zu können. Die europaweite Ausschreibung dauere 70 Tage, das sei bis Ende des Jahres. Deshalb sei es eine ernsthafte Situation.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron stellte fest, dass die Folgen des 2. Weltkrieges immer noch auf Landau lasten würden. Die Blindgänger seien eine Hypothek, an der man schwer zu tragen habe. Man habe von Anfang an vor der Illusion gewarnt, dass es eine 100%-ige Sicherheit gebe. Eine Kampfmittelfreiheit sei weder realistisch noch finanzierbar.

Niemand könne ernsthaft verlangen, dass man Häuser oder Straßen zurückbaue. Man wolle eine Landesgartenschau, keinen Nationalpark. Das vorliegende Konzept sei schlüssig und sinnvoll gewesen. Es sei immer Ziel gewesen, in Landau die gleichen Kriterien anzulegen wie andernorts. Man wolle und könne keine neuen Standards schaffen. Verantwortlich sei die Stadt als Eigentümerin des Areals, nicht das Land. Deshalb habe man als Stadt eine Bringschuld. Der noch zu verabschiedende Nachtragshaushalt werde davon geprägt sein, dass man das bezahlen müsse was man bestelle.



Natürlich wünsche man sich, dass das Land uns als Partner bei der Stadtentwicklung und der Landesgartenschau unterstütze. Er bedauere, dass heute kein eindeutiges Zeichen des Landes gesetzt worden sei. Den Vorschlag des Oberbürgermeisters unterstütze er, denn damit werde ein Zeichen gesetzt. Man habe die Verantwortung, dieses Projekt zum Erfolg zu führen. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen, da man sie für schlüssig und begründet halte.

Ratsmitglied Lerch wies ebenfalls auf die Kriegslasten hin, die man in Landau habe. Dies seien Faktoren, die man niemandem vorwerfen könne. Das Prinzip des vorgelegten Konzeptes erscheine ihm schlüssig und sinnvoll. Allerdings sehe er nicht, dass die Stadt Landau hier die alleinige Verantwortung trage. Kampfmittelräumung sei Ländersache, das Land habe hier die Gesetzgebungskompetenz. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern habe Rheinland-Pfalz hier keine Lösung getroffen. Natürlich sei mal als Stadt auch in der Verantwortung, aber keinesfalls alleine. Er frage sich schon, was da beim Land ablaufe. Eine Stunde vor dieser Sitzung mitzuteilen, dass man das Konzept nicht mittrage und stattdessen eine Expertenkommission einsetzen wolle, sei ein starkes Stück. Er fühle sich vom Land ein Stück weit verschaukelt. Die Stadt mache ihre Hausaufgaben, aber das Land müsse seiner Verantwortung ebenfalls gerecht werden. Einem Gespräch in Mainz, wie es der Oberbürgermeister angeregt habe, werde sich die CDU nicht verschließen.

Ratsmitglied Schröer schloss sich dem Konzept mit seiner Risiko- und Gefahrenabwägung an. Allerdings sei es der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion wichtig, dass das Land eingebunden werde. Das Land müsse dem Konzept explizit zustimmen. Es sei wichtig, dass offen, öffentlich und EU-weit ausgeschrieben werde. Sie finde den Vorschlag des Oberbürgermeisters richtig, die Beschlussfassung zu verschieben und sich mit den Ministerien auseinanderzusetzen.

Ratsmitglied Freiermuth hatte den Eindruck, dass sich die SPD hier zum Pressesprecher des Landes gemacht habe. Wenn das Land 27 Millionen beisteuere, dann habe es auch was damit zu tun, dann sei es mit in der Verantwortung. Es heiße nicht Stadtgartenschau, sondern Landesgartenschau. Das Verhalten des Landes ärgere ihn massiv, man werde regelrecht verschaukelt. Er frage sich, ob sich das Land schrittweise von der Landesgartenschau zurückziehe. Die FWG entziehe sich der Fahrt nach Mainz nicht, denn es werde Zeit dass die Sache zur Chefsache werde.

Ratsmitglied Silbernagel schloss sich den Ausführungen von CDU und FWG an. Ohne Zustimmung des Landes sei das Konzept vom Tisch. Es sei mehr als eine missliche Lage. Das Vertrauen in das Land gehe immer weiter zurück, dies habe keinen Stil. Dennoch solle man das Gespräch mit der Ministerpräsidentin aufnehmen. Man müsse jede Möglichkeit in Betracht ziehen, zumal die Zeit dränge.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass die Verantwortung schon spätestens 2004 begonnen habe. Schon damals habe ein Gutachten belegt, dass Kampfmittel vorhanden seien. Von daher sei die Verantwortung von seiner Seite klar einzugrenzen auf den damaligen und heutigen Oberbürgermeister. Er spekuliere, dass man damals mit dem Bund gepokert habe, um einen besseren Preis herauszuholen. Das Kampfmittel vorhanden seien, habe man immer gewusst. Man könne sich hier nicht rausreden, dass das völliges Neuland sei. Die Verantwortung liege im höchsten Maße bei der Stadt, alles andere sei billiges Wahlkampfgetöse auf Kosten der Allgemeinheit. Es sei ja bei der Stadt üblich erst Sachen in die Wege zu leiten und hinterher zu prüfen, ob es überhaupt möglich ist. Daher liege die Verantwortung im höchsten Maße bei der Stadt. Die Verantwortlichen hätten gewusst, dass hier Kampfmittel vorhanden seien. Das ganze hier sei billige Polemik. Wenn es um Kampfmittel gehe, sei das Land außen vor.

Der Vorsitzende entgegnete zu den Ausführungen von Herrn Marquardt, dass es unzulässig und auch nicht anständig sei mit Erkenntnissen von heute Dinge zu beurteilen, die 9 Jahre zurückliegen. Es sei damals vollkommen anders gehandhabt worden als dies heute der Fall sei. Dies sei damals technisch auf der Höhe der Zeit gewesen. Die größte Zahl an Blindgängern liege in einer Tiefe, an die man mit einer Flächensondierung nicht komme. Man könne keine Tiefensondierung auf einer Fläche von 42 Hektar umsetzen, das sei nicht realistisch. Es gebe keinerlei Anzeichen, dass sich das Land auf billige



Weise zurückziehen wolle. Das meiste der Gelder sei gebunden. Letztlich gehe es um diese Sicherheitsabwägung. Das Land hätte das Konzept mittragen könne. Der höhere Sicherheitsstandard, wie ihn das Land wünsche, werde nicht zu erbringen sein.

Ratsmitglied Dr. Migl gab zu bedenken, dass das Land den Stopp dieser Sitzungsvorlage veranlasst habe. Der Rat müsse sich mit den Argumenten des Landes auseinandersetzen.

Herr Schmauder widersprach der Darstellung, dass die Stadt gepennt habe. Dies sei eine dreiste Unterstellung. Es sei getan worden, was damals der Stand der Technik gewesen sei. Gut sei, dass das Land durch das Umweltministerium zeitnah dem Vergabeverfahren mit verkürzten Fristen zugestimmt habe. Andererseits lasse das Innenministerium Landau im Stich. Man habe weiterhin den Zeitdruck. Schon jetzt gebe es das Problem, dass es bei der Landesgartenschaugesellschaft Stillstandskosten gebe. Dies führe natürlich auch zu erheblicher Verunsicherung. Mittlerweile stehe nicht nur der Termin, sondern die Gartenschau insgesamt in Frage. Dies wäre fatal für die Stadt Landau und für das Land Rheinland-Pfalz. Wichtig wäre, dass heute ein Beschluss gefasst werde. Ansonsten gehe zu viel Zeit verloren, dies wäre fatal. Er bitte, dass wenigstens die Ausschreibung beschlossen werde, für die Dinge die gemacht werden müssten.

Herr Eck erläuterte die Zeitschiene. Mit dem Beschluss heute hätte man morgen das Vergabeverfahren anlaufen lassen. Im Dezember wäre man dann in der Vergabe gewesen. Von da ab hätte man 5 Monate gebraucht, um dies abzuarbeiten. Wenn man eine Expertenkommission einberufe, bekomme man in diesem Jahr kein Vergabeverfahren mehr hin. Dann könnte man frühestens im August oder September 2014 die Flächen freigeben. Was dies für die Landesgartenschau bedeute, könne sich jeder selbst beantworten. Man dürfe auch nicht vergessen, dass ja auch Grundstücke vermarktet werden sollen.

Der Vorsitzende war der Meinung, dass man eine paradoxe Situation habe. Jeder sei sich einig, dass es gemacht werden müsse und trotzdem habe man jetzt erst mal Uneinigkeit über das wie.

Herr Joritz stellte klar, dass der Kampfmittelräumdienst in Rheinland Pfalz die Instanz sei, die Kampfmittel beurteilen könne. Bei dem Räumkonzept sei der Kampfmittelräumdienst einbezogen gewesen.

Ratsmitglied Heuberger war der Auffassung, dass die Zeit des Glaubens und Hoffens in Bezug auf die Landesgartenschau und den Geldfluss des Landes vorbei sei. Man brauche Schwarz auf Weiss Zusagen, nach denen man sich richten könne. Dies bedeute, dass der Stadtrat keine Beschlüsse mehr fasse, wenn man nicht sicher sein könne, dass sie finanziell abgesichert seien.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, ob es möglich sei auszuschreiben und Vorbehalte einzubauen, die dann zum Stopp der Ausschreibung führen.

Herr Joritz bezeichnete dies als zumindest problematisch.

Ratsmitglied Chillemi-Jungmann war der Meinung, dass die Sondierungsarbeiten auf jeden Fall gemacht werden müssen egal ob mit oder ohne Landesgartenschau. Es führe kein Weg daran vorbei.

Der Vorsitzende stellte klar, dass man die Maßnahme im künftigen Wohnpark Am Ebenberg auf jeden Fall umsetzen müsse. Dies sei mit 2,3 Millionen Euro auch der größere Teil. Den Bereich südlich des Gleisbogens hätte man ohne Landesgartenschau sicherlich nicht gemacht. Wenn man die Landesgartenschau 2015 mache müsse dies in einem Paket umgesetzt werden. Er habe Verständnis für Herrn Schmauder und wisse, dass Druck da sei. Er sehe aber heute keine Basis für einen Beschluss. Je nach Verlauf des Gespräches in Mainz könne man anstelle der Hauptausschusssitzung am 17. September eine Sitzung des Stadtrates einberufen.

Ratsmitglied Hott war der Meinung, dass man die Hausaufgaben des Landes gemacht habe. Für die CDU-Fraktion sei das Vertrauen in unsere Verwaltung wieder hergestellt. Man hätte daher keine



Probleme gehabt, diesen Weg zu gehen. Jetzt habe man aber eine andere Situation, so dass man nicht zustimmen könne. Eigentlich sei das ganze Landessache. Im Gegensatz zu anderen Ländern gebe es aber in Rheinland-Pfalz kein Konzept. Daher sei man jetzt hier die Leidtragenden.

Der Vorsitzende erläuterte nochmals, dass es ein Gespräch mit dem Kampfmittelräumdienst gegeben habe. Dabei sei es um Beratung gegangen und nicht um strategische Konsequenzen. Diese habe man mit dem Büro Hennecke getroffen. Die Stadt habe ihre Aufgaben gemacht. Er sehe nicht, dass eine Expertenrunde zeitnah eine Lösung bringen würde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Beschlussfassung über die Sitzungsvorlage wird zurückgestellt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende verwies auf eine Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 2. September 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Dabei gehe es um die Probleme die man im Stadion mit dem Belag der Tartanbahn habe.

Herr Müller, Leiter des Amtes für Schulen, Kultur und Sport, erläuterte die Situation. Man habe im Jahr 2010 die Laufbahn im Stadion saniert. Im Juli dieses Jahres habe man nun eine Reinigung der Laufbahn durchführen lassen. Im Zuge dieser Reinigung seien verschiedene Schäden festgestellt worden. Die Ursache hierfür wisse man noch nicht. Teilweise seien größere Brocken aus der Laufbahn ausgebrochen, überwiegend im westlichen Teil der Bahn. Man sei äußerst überrascht über das Auftreten dieser Schäden gewesen und unschlüssig, woran das liegen könne. Bei der Sanierung habe man sich damals eines Fachbüros bedient, zu deren Aufgabe auch die Überwachung des Einbaus des Kunststoffbelags gezählt habe. Bei der Abnahme der sanierten Bahn seien Ablösungen nicht erkennbar gewesen. Für die Aufnahme des Schadens und eine Beurteilung der Gründe müsse man nun einen Gutachter beauftragen. Dieser müsse auch ein Sanierungskonzept entwerfen. Die Sportvereine und Schulen seien über die Situation informiert worden. Nur eine Schule habe die Bundesjugendspiele abgesagt, alle anderen würden sie durchziehen. Die Vereine könnten im Moment mit der Situation leben und hätten Verständnis für die Situation. Weder zu der Dauer noch zu den Kosten dieser Schadensregulierung könne man derzeit eine Aussage machen.

Ratsmitglied Dr. Bals erklärte, dass die Schäden der Verwaltung schon länger bekannt seien, da die Sportvereine dies schon moniert hätten. Er wolle wissen, wann der Gutachter beauftragt worden sei und wann liege das Ergebnis des Gutachtens vor.

Herr Müller entgegnete, dass bisher noch kein Gutachter beauftragt sei.

Ratsmitglied Lerch machte deutlich, dass sich das Verständnis der Vereine in Grenzen halte. Wenn die Bahn auch 2014 unter Umständen nicht nutzbar sei, dann sei dies schon eine zeitliche Dimension. Daher sei die Frage, ob man nicht mit einem Beweissicherungsverfahren alle gerichtsrelevanten Fakten festhalten und dann in die Sanierung gehen könne.

Herr Joritz erläuterte, dass er aufgrund seiner Erfahrungen zu einem privaten Gutachten rate. Beweissicherungsverfahren seien in der Regel wesentlich teurer und würden deutlich länger dauern.

Ratsmitglied Dr. Migl erinnerte an den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion zum sozialen Wohnungsbau und fragte nach dem aktuellen Stand und wann dieser in den Ausschüssen behandelt werde.

Der Vorsitzende erklärte, dass man im Bauausschuss im Oktober einen Zwischenbericht geben könne. Es gehe aber noch um grundsätzliche Entscheidungen, die in der Verwaltung abgestimmt werden müssten.

Ratsmitglied Doll sprach die Probleme mit dem Aufzug am Hauptbahnhof an. Für zahlreiche Bürger sei dies ein großes Ärgernis. Es könne nicht sein, dass die Beschaffung eines Ersatzteiles 6 Wochen dauere. Schon immer habe es das Kompetenzgerangel gegeben ob nun die Stadt oder die Bahn zuständig sei. Er bitte darum, hier massiv und schnell zu reagieren.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man spätestens mit der Übernahme des Aufzugs die Verantwortung für Unterhalt und Wartung habe. Daher habe man dies hier auch schon übernommen und sich der Privatwirtschaft bedient. Er schlage vor, dass man nächste Woche im Bauausschuss noch mal detailliert berichte.



Herr Kamplade ergänzte, dass man den Ärger absolut verstehen könne. Die Verwaltung könne nicht zaubern. Es sei eine Verquickung unglücklicher Umstände gewesen, die zu diesem großen Schaden geführt habe. Die Ersatzteile seien Spezialteile, die nicht auf Lager produziert würden. Daher könne man an den 6 Wochen nichts ändern.



Die Niederschrift über die 39. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 03.09.2013 umfasst 13 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 107.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete